

# Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?

Autor(en): **Müller, Geri**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-387>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?

**Heute liefert die Schweiz Waffen an kriegsführende Länder und tut damit den Menschenrechten einen Bärendienst. Die Schweiz kann sich den langsamen Umbau der Rüstungsindustrie volkswirtschaftlich leisten. Durch die Annahme der GSoA-Initiative «Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial» gewinnt sie an Ansehen in der Weltgemeinschaft, das sie für den Export von grüner Technologie nutzen kann.**

Gerü Müller

Machen wir uns nichts vor. Unsere Rüstungsindustrie exportiert an kriegsführende Nationen. Zum Beispiel an die USA, an Deutschland, Grossbritannien, Dänemark – die Länder sind in die Kriege in Irak, Afghanistan und am Horn von Afrika verwickelt. Die Schweizer Kriegsindustrie verstösst damit gegen die revidierte Verordnung über das Kriegsmaterial vom 12. Dezember 2008. Artikel 5 hält fest, dass Ausfuhren nicht zu bewilligen sind, falls das Bestimmungsland «in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt» involviert ist.

Wir liefern an Israel, Ägypten, Saudiarabien. Alle drei machen sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig – gegenüber der eigenen Bevölkerung oder als Besatzungsmacht gegenüber Schutzbefohlenen. Das widerspricht Artikel 54 der Bundesverfassung: «Der Bund trägt namentlich bei zur Achtung der Menschenrechte» und «zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker».

Die Wahl der Länder, in welche die Schweiz Kriegsmaterial ausführt, erfolgt nicht zufällig. Auch der Krieg tobt nicht zufällig. Die reichen westlichen Industrienationen erkämpfen und sichern sich mit Waffengewalt einen ungehinderten Zugang zu Erdöl, Erdgas und Uran. In Ägypten zum Beispiel hält sich der Westen mit Kriegsausfuhren den Suezkanal offen – u. a. für die Öltanker.

Ist das eine zu einseitige Sicht? Mischt sich die Schweiz durch die Rüstungsexporte nicht vielmehr ein, um im Beispiel Irak um Würde und Rechte des Einzelnen zu verteidigen?

Machen wir uns nichts vor. Unsere Wahrnehmung von Verstössen gegen die Menschenrechte ist höchst parteiisch.

Es lohnt sich einen Blick darauf zu werfen, wie unterschiedlich wir Europäerinnen und Amerikaner auf Wahlbetrug in Ägypten und dem Iran reagieren. Während uns die vorgegaukelten 98 Prozent Zustimmung für den ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak kaum eine Zeitungsnotiz wert sind, geraten unsere Medien angesichts des angeblichen Wahlbetrugs von Mahmud Ahmadinedschad in helle Aufregung. Gewiss, die Manipulation des iranischen Wählerwillens ist undemokratisch. Doch würden wir unsere Emotionen gemäss dem Pro-Kopf-Einkommen, dem Zugang zu Gesundheit und Bildung, dem Alphabetisierungsgrad, den Anzahl Kindern pro Frau und der Industrialisierung der beiden Länder nachvollziehbar sein, so

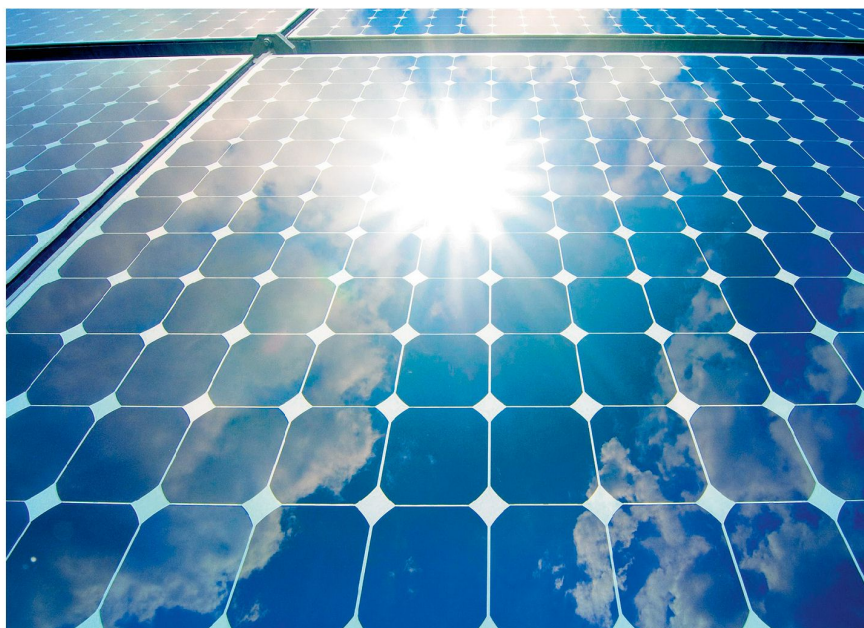
wäre unsere Empörung angesichts der Knechtung des ägyptischen Volkes und der saudische Bevölkerung weitaus grösser. Indes: Während Ägypten ein braver Mitspieler des abgekarteten westlichen Spiels um Öl ist, lässt Iran seine Muskeln spielen und möchte Herr über seine Ölquellen bleiben. Selbstverständlich bekommt der Iran im Gegensatz zu Ägypten keine Waffen von der Schweiz geliefert. Und noch einmal: Nicht etwa, weil Ahmadinedschad soviel brutaler mit der eigenen Bevölkerung umspringt als Mubarak, sondern weil letzterer soviel kooperativer mit unserem Erdölhunger umgeht.

## Islamismus – der neue Feind

Die meisten Menschen im Westen unterstützen, dass korrupte Machthaber in Schwellenländer an der Macht gehalten werden.

In diesem Bereich muss die Schweiz aufrüsten.

Bild: Fotolia





ten werden, um dem dort grassierenden Islamismus einen Riegel zu schieben. Frauen, von Kopf bis Fuss verhüllt, sind zur Rechtfertigung des Einsatzes gegen den muslimischen Fundamentalismus geworden. Der «War on terror» hat den internationalen Waffenhandel hochschnellen lassen. Seit dem Angriff auf die Twin Towers am 11. September 2001 werden mehr Kriegsmaterialien weltweit verschoben als während des kalten Krieges. Der neue Klassenfeind heisst Islamismus.

Aber: Wie volatil die schweizerische Haltung zu den Menschenrechten und zum Islamismus ist, sehen wir besonders gut im ölreichen Saudi-Arabien, das seine fossilen Rohstoffe bereitwillig in den Westen liefert. Während die Schweizer Rüstungsindustrie Kriegsmaterial in das brutale Regime exportiert, versuchen Menschenrechtsorganisationen – darunter auch schweizerische – mühsam, kritische Frauen und Männer aus den Fängen der saudischen Machthaber zu befreien. Vollends kreditschädigend werden die schweizerischen Waffenlieferungen, wenn man bedenkt, dass die Saudi-Arabier als Wahabiten sui generis – Anhänger einer sehr rigiden Ausprägung des islamischen Glaubens – für die Ausbreitung des «Islamismus» in weiten Teilen des arabischen Raums eine wesentliche Rolle spielen. Zur Erinnerung: Osama bin Laden stammt aus einem saudischen Fürstenhaus.

Dieser blindwütige Krieg um Öl lenkt von den Gefahren ab, die unseren Planeten wirklich bedrohen – kraft der exzessiven Nutzung ebendieses fossilen Rohstoffs. Klimaerwärmung, Flutwellen, Gletscherschmelze, Erhöhung der Meeresspiegel machen das Leben an vielen Orten der Erde zunehmend unberechenbar. Deshalb kann die Parole der Zeit nur heissen: Abkehr aus der Abhängigkeit von Öl, Abkehr vom Krieg um Öl. Die Schweiz und Schweizer Technikunternehmen können hier eine führende Rolle einnehmen. Indem sie den Waffenexport verbieten. Und indem sie in Innovation und Export von grüner Technologie an die Weltspitze vorstossen.

### Label «Kein Waffenexportland»

Mit dem gleichen Betrag, für den Saudi-Arabien oder Ägypten Waffen aus der Schweiz kaufen, könnten sie Solarpanels erwerben. Zum Beispiel, um das

## Die Haltung der Redaktion zur Frage «Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?»

Nationalrat Geri Müller (Grüne) erwähnt in seinem Artikel: «Die Schweizer Kriegsindustrie verstösst (...) gegen die revidierte Verordnung über das Kriegsmaterial vom 12. Dezember 2008. Artikel 5 hält fest, dass Ausfuhren nicht zu bewilligen sind, falls das Bestimmungsland «in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt» involviert ist». ASMZ bemerkt, dass nicht die «Kriegsindustrie», sondern unser Land einen Verstoß begehen würde, da die Industrie nur vom Seco bewilligte Ausfuhren vornehmen darf. Unsere Abklärungen haben des Weiteren ergeben, dass der Bundesrat auf verschiedene parlamentarische Vorstösse von Nationalrat Josef Lang ausführliche und klare Antworten zu diesem Punkt gegeben hat (Antworten vom 19. 11. 2008 und 8. 6. 2009). Für die Redaktion der ASMZ ist klar, dass un-

ser Land eine Rüstungsindustrie braucht und zwar um die Schweizer Armee auszurüsten und ihr auch nach der Einführung des Materials während dessen Lebensdauer Unterstützung geben zu können. Des Weiteren schafft die schweizerische Rüstungsindustrie über 5000 direkte Arbeitsplätze sowie viele Stellen in der Zulieferindustrie. Eine «Umlagerung» der Finanzen in eine «grüne Politik» wie sie NR Müller sieht, ist aus Sicht der ASMZ nicht realistisch. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass die Annahme der Initiative Kantone und Gemeinden während der Umstrukturierungsphase mit über 500 Millionen Franken belasten würde. (Ma)

*Dieses Thema wird in der nächsten Ausgabe mit einem kontradiktorischen Gespräch beendet.*

Meerwasser umweltschonend zu entsalzen. Bei einer Annahme der GSoA-Initiative könnte sich die Schweiz mit einem neuen Label weltweit als echt neutrales Land und als Geschäftspartner für saubere Energien einen Namen machen.

Machen wir uns nichts vor. Dass mit der Annahme des Ausfuhrverbots für Kriegsmaterial laut einer Studie des Bundes aus dem Jahr 2007 5100 Arbeitsplätze verloren gehen sollen, entspricht einer eingeschränkten Sichtweise. Denn für die Mitarbeitenden ist gesorgt. Laut dem Initiativtext soll der Bund die betroffenen Regionen in einer Übergangszeit von zehn Jahren unterstützen. Zudem hindert zum Beispiel bei der Firma Pilatus die Bereitstellung von Kriegsmaterial die Befriedigung der Nachfrage nach zivilen Flugzeugen. Das periodische Zurückfallen von Industriezweigen und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen gehört zu einer gesunden freien Marktwirtschaft. Dafür entstehen durch Innovation immer wieder neue Industrien. Einer Branche wurde bisher durch die Fokussierung auf Öl künstliche Schranken gesetzt: die Nutzung erneuerbarer Energien. Würde für das Benzin der tatsächliche Preis bezahlt werden – mit allen externen Kosten für die kriegerische Beschaffung und Lieferung bis an Schweizer Tankstellen – wäre der Solarstrom in der Schweiz zum Beispiel längst konkurrenzfähig. Denn Schweizerinnen und Schweizer ver-

langen nach grünen Lösungen für ihren Energiehunger. Allein mit Solarpanels liessen sich 80 Prozent des Strombedarfs in der Schweiz decken.

### Frieden, nicht Krieg fördert Demokratie

Trotz der marginalen Bedeutung der Rüstungsindustrie für das BIP – in der Schweiz erwirtschaftet sie ein Prozent des Volkseinkommens – ist der Glaube, zu einem rechten Land gehöre die Bereitstellung von Kriegswaffen, tief verankert. Darauf gründet auch die Vorstellung, dass Innovationsfähigkeit und Erfindungsgeist einer Nation abhängig sind von der Rüstungsindustrie und ihrer Fertigkeit. Dies alles beruht auf dem uralten Mythos, das Wohl eines Landes basiere auf seiner Wehrhaftigkeit. Tatsächlich aber passieren Entwicklungen vielmehr aufgrund von Kooperation als von (kriegerischer) Konkurrenz. Der schweizerische Bundesstaat entstand 1848 erst, als die Waffen zwischen den Liberalen und den Katholisch-Konservativen endlich ruhten. ■



Geri Müller  
Nationalrat GPS  
5400 Baden